

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weltweiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altenorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 59

Bad Schandau, Donnerstag, den 11. März 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das soeben erschienene Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates verspricht Deutschland weitgehende finanzielle Unterstützung.
- Das Wirtschaftsmemorandum der Entente hat den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungssumme machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert.
- Die Reichsregierung fordert angesichts der mehrfachen Kundgebungen gegen Mitglieder der fremden Missionen in einem Aufruf zur Zurückhaltung und Würde auf.
- Nach amtlichen Mitteilungen ist der Heimtransport aus Frankreich als beendet anzusehen.
- Die für Russland bestimmte wirtschaftliche Studienkommission wird unter Führung des früheren Staatssekretärs Dr. August Müller stehen.
- Der Vorstand der Zentrumspartei wird sich in einer Sitzung am 18. März mit dem Fall Eraberger befassen.

Obstruktion der Rechten?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Fast klang es wie Trompetengeschmetter, als in der Plenarsitzung der Nationalversammlung die Führer der beiden Rechtsparteien, Graf Bosadovsky namens der Deutschnationalen und Erzellenz Heinze namens der Deutschen Volkspartei, von der Anwendung aller parlamentarischen Mittel sprachen, zu der sie ihre Zuflucht nehmen müßten, wenn es dabei bleiben sollte, daß nach dem Willen von Regierung und Mehrheitsparteien die Neuwahlen zur Volksvertretung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würden. Wie der alte „Bosa“ seine Ankündigung vorbrachte, konnte allerdings nicht gerade beängstigend wirken; er ist auch nach der Revolution der widerwärtigste, in der Form niemals maßlose Politiker geblieben, als welcher er sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen Namen gemacht hatte, er kann auch im Borne, auch wenn er durch mehr oder weniger geschmackvolle Zwischenrufe gereizt wird, den gebildeten Weltmann nicht verleugnen, der nach außen hin seine Ruhe bewahrt und sich die Art seines Auftretens in der Öffentlichkeit niemals vom Gegner vorschreiben läßt. Schärfer ging schon der Führer der Deutschen Volkspartei ins Zeug. Dr. Heinze, der frühere Justizminister im früheren Königreich Sachsen, ist jugendlicher, feuriger als der Graf im Barte. Auch er erklärte, daß seine Freunde entschlossen seien, alle ihnen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mittel anzuwenden, um zum Ziele zu gelangen. Dieses Ziel aber ist die durch die Verfassung vorgeschriebene Anberaumung von Wahlen zum Reichstag. Das Mandat der Nationalversammlung ist nach der Überzeugung der Rechten längst abgelaufen und es geht nicht an, es immer wieder zu verlängern. Aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht, aber auch nicht aus politischen Gründen; denn die Nationalversammlung könne nach dem unabweislichen Stimmungsumschwung, der in weiten Volksteilen vor sich gegangen sei und immer größeren Umfang anzunehmen scheine, unmöglich noch als der wahrheitsgemäße Ausdruck unseres nationalen Willens anerkannt werden. Deshalb müsse sie, gerade weil es bei uns nach demokratischen Grundgesetzen zugehen soll, so rasch wie möglich vom Schauplatz abtreten.

Aber die Forderung der Rechten ist in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Die kompakte Regierungsmehrheit hält eben unbedrückt und unbeeinträchtigt zusammen, da können auch die schönsten Neben nichts ausrichten. Was wird nun weiter geschehen? Herr Heinze hat vorsorglich hinzugefügt, daß seiner Partei jede Obstruktion fernliege, und Graf Bosadovsky hat nicht minder bestimmt erklärt, daß die Rechte sich in ihrem Kampf ums Volkswohl und Vaterland selbstverständlich nur gesetzlicher Mittel bedienen werde. Aber da man doch weiß, daß die beiden Herren ebenso wie ihre Parteien sehr ernst genommen sein wollen, muß doch hinter ihrem einigermassen geräuschvollen Auftreten etwas mehr gesucht werden als die bloße Lust an kleinen parlamentarischen Zwischenfällen, als der Versuch, durch blendende Schaumfölgereien Augenblickswirkungen zu erzielen, mit denen sich vielleicht diese oder jene hinter den Kulissen verborgene geheime Schwereigkeit im eigenen Lager für einige Zeit beheben läßt.

Es wird behauptet, daß die parlamentarische Führung der Rechtsparteien von den Anhängern im Lande vielfach als zu lau und zu schlapp getadelt wird; man fordere schärfste Rücksichtslosigkeit gegen das neue System wie gegen alle seine Schildhalter, wer und wo es auch sei, und treffe bereits Anstalten, um bei der Vorbereitung der Neuwahlen alle Vertreter einer gar zu gemäßigten Tonart von den Kandidatenlisten auszuschalten. Dieser Stimmung der Wählerschaft müsse offenbar jetzt mehr als bisher Rechnung getragen werden. „Alle“ parlamentarischen Mittel sollen

benutzt werden, um zu verhindern, daß die Nationalversammlung sich auch fernerhin noch Rechte und Aufgaben anmaße, zu denen sie nicht befugt und nicht berufen sei. Auf eine Verschärfung des parlamentarischen Kampfes müssen wir uns also für die nächsten Wochen und Monate in jedem Falle gefaßt machen; ob auch auf Obstruktion und die damit unvermeidlichen parlamentarischen Irrungen und Wirrungen, das kann wohl als Absicht der Beteiligten von vornherein verneint werden — fragt sich nur, ob der Zwang der einmal geschaffenen Verhältnisse nicht schließlich doch über die gesteckten Grenzen hinausdrängen wird. Ganz abgesehen davon, daß die eine Partei, wenn sie die Leidtragende ist, schon von Obstruktion zu sprechen liebt, wo die andere noch durchaus im Rahmen ihrer geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse zu verweilen behauptet. So kann heute noch niemand wissen, was uns bevorsteht. Nur daß wir etwa ruhigeren Zeiten entgegengehen, als wir sie durchlebt haben, das wollen wir uns weder selber einreden, noch von anderen einreden lassen.

Das Wirtschaftsmanifest.

Ententehilfe für Deutschland.

Die Veröffentlichung der Erklärung des Obersten Rates ist nunmehr erfolgt. In der Erklärung heißt es, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Welt durch die Abnahme des Überflusses an Gütern infolge des Verbrauches während des Krieges und durch den ins Maßlose gesteigerten Notenumlauf bedingt ist. Der Oberste Rat drängt mit allem Nachdruck auf die Steigerung der Erzeugung und auf äußerste Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben als die einzigen Mittel, um die Lage wiederherzustellen. Ferner müssen die auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächte ihren Entschluß aufs neue bekräftigen, bei der Wiederherstellung des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens in Europa zusammenzuarbeiten. Der Versuch, den Beschleus durch künstliche Regierungsmassnahmen zu beeinflussen, würde die Gesundung nur hinauschieben. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, um den Zusammenbruch der Handelskonnexionen zu verhindern. Der Oberste Rat schlägt vor, die Rüstungen auf das möglich niedrigste Maß zu beschränken, das mit der nationalen Sicherheit der einzelnen Völker vereinbar ist und zu diesem Zweck den Völkerverbund zu Beratungen über entsprechende Vorschläge einzuladen. Jedenfalls sei es höchst wünschenswert, den endgültigen Vertrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung möglichst bald festzusetzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, so müßte Deutschland die Genehmigung erhalten, eine auswärtige Anleihe aufzunehmen, und man müßte Deutschland über die sofortige Not hinweghelfen.

Die Stellungnahme der Zentrumspartei.

Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts.

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, meldet: Der Reichsparteivorstand und der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei werden am 18. März in Berlin zu einer Sitzung zusammenzutreten. Wie wir hören, handelt es sich dabei um die Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen, vor allem zu den Ergebnissen im Helfferich-Prozess.

Als Nachklang zu dem Prozess veröffentlicht Oberstaatsanwalt Krause eine Erklärung, in der er u. a. sagt: „In der Schlussverhandlung des Helfferich-Prozesses hat der Herr Nebenkläger gegen mich den „schweren“ Vorwurf erhoben, daß ich in der Thjessen-Angelegenheit einen ihm günstigen Zeugen v. Schönebeck ignoriert habe. Ich habe bereits in der Verhandlung erwidert, daß die Erwähnung des Zeugnisses Herrn v. Schönebecks unterblieben sei, weil es durch die Aussagen fünf anderer Zeugen (Erzellenz Richter, Neuhaus, Semper, Wode, v. Gemmingen) widerlegt gewesen sei. Hätte ich mich bemüht, das eine Zeugnis gegen die fünf anderen auszuspielen, so wäre dies von der Seite des Angeklagten sofort als „plumper“ Versuch bloßgestellt worden. Es kam aber noch etwas hinzu: Hätte ich das Zeugnis v. Schönebecks erwähnt, so hätte ich der Vollständigkeit halber hinzufügen müssen, daß dieses Zeugnis gewissen Bedenken ausgesetzt sei. Denn erstens hatte Erzellenz Richter, der frühere Vorgesetzte v. S., gelegentlich gesagt, ihm sei der Gedanke peinlich, daß die Thjessen-Angelegenheit von Herrn v. Schönebeck bearbeitet werde, wegen dessen naher Beziehungen zu Herrn Eraberger, zweitens war in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen, daß Herr Eraberger für die Karriere des Herrn v. S. großes Interesse gezeigt, u. a. dessen Ernennung zum Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen durchzusetzen versucht hatte. — Um nicht diese Fakta nochmals zur Sprache zu bringen, also aus Schonung gegen Herrn v. S. wurde von der Erwähnung seines — nicht unbedenklichen — Zeugnisses abgesehen, aber, wie gesagt, auch deshalb, weil das Zeugnis durch fünf andere — völlig einwandfreie — Zeugen widerlegt war.“

Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktenbörse. Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 10. März: Safer für 1000 Kilogramm loco — Markt ab Bahn, auf Abladung. 4600—4640 Markt ab Station. Tendenz: flau.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 440—560 Markt, gelbe und grüne Erbsen 380—500 Markt, Bohnen, weiße inländische 400—480 Markt, Roten 240—250 Markt, Pferdebohnen 230—250 Markt, Wicken 180—205 Markt, Lupinen 90—120 Markt, Serabelle 112—116 Markt, Wickenheu, lose, 53—59 Markt, Stroh, drahtgepreßt 35—39 Markt, gebündelt 32—35 Markt, Trodenichmehl 102—104 Markt, Patent Steffen 113—111 Markt, Rotklee, inländischer, feibefrei 1400—1700 Markt, Archimedes 810—830 Markt.

* Die Mehrarbeit im Ruhrbergbau. In den Verhandlungen zwischen Regierung, Bergewerksverband und Bergarbeiterverbänden kam es zur Verlängerung des Arbeitsabkommens auf der bisherigen Grundlage mit einwöchentlichem Kündigungsfrist. Bis auf weiteres werden also die Bergleute weiter zweimal wöchentlich im Anschlag an die regelmäßigen je eine halbe Überarbeit auf den früheren festgesetzten Bedingungen verfahren.

Deutsche Nationalversammlung.

(153. Sitzung.)

OB. Berlin, 10. März.

Die Bewegung, die in der heutigen Sitzung herrschte, war nicht, wie gestern, veranlaßt durch politische Spannung. Sie war hervorgerufen durch zahlreiche Abstimmungen. Man behandelte wieder einmal Steuergesetze und zwar in dritter Lesung.

Ein Gruß an Schleswig.

Bevor man dazu kam, machte Präsident Fehrenbach die bemerkenswerte Mitteilung: Ich habe an die Presse in Schleswig telegraphiert: „Die Nationalversammlung sendet den Deutschen zur Abstimmung wärmste Grüße. Sie fühlt sich mit ihnen in Geist und Blut unzer trennlich verbunden. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben. In diesem Sinne ermahne sie die Entscheidung, der sie zuversichtlich entgegensteht. Treue um Treue.“

Nach dieser, mit Beifall aufgenommenen Kundgebung trat das Haus in die zweite Beratung des Körperschaftssteuergesetzes ein. Dazu ist eine Reihe schriftlicher Anträge eingegangen, und da diese Anträge noch nicht gedruckt vorlagen, mußte die Beratung über diesen Punkt abgebrochen werden. Man kam darauf zu der

Dritten Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes.

Bei § 13 begründete Abg. Dr. Mann (deutschl.) seinen Antrag, wonach Beiträge zu kulturfördernden, mildtätigen und anderen derartigen Vereinigungen im gewissen Umfang für abzugsberechtigt zu erklären seien. Abg. Götthardt (Dem.) trat ebenfalls für den Antrag ein und schließlich wurde bei Ausschluß des Hauses dieser, von der Rechten kommende Antrag mit 117 gegen 104 Stimmen angenommen.

Bei § 15, Berechnung des Einkommens von Ehegatten, beantragte die Abg. Frau Bies (U. Soz.) Streichung dieser Bestimmung, weil die Zusammenlegung ein Unrecht sei und gerade die ärmsten der Armen am schwersten treffe. Dieser Antrag wurde dem Gesetz ausgenommen. Die Mehrheitssozialisten erklärten sich aber dagegen und nach einigen weiteren Auseinandersetzungen wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Er teilte das Geschick einiger, vorher von der Rechten eingebrachten Anträge.

Bei § 23, Waldnutzungen, geschah es, daß diese Bestimmung zurückgestellt wurde, weil die Mehrheit unter sich nicht einig war. Das Zentrum beklagte sich, daß die Mehrheitssozialisten der getroffenen Abrede gegenüber die vereinbarte Fassung gestimmt hätten. Mit Rücksicht darauf wollte man sich später über die eigentliche Fassung einigen. So ging die Beratung doch geraume Zeit weiter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan. Die verlangte Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan steht jetzt bevor. Der erste Ministerrat in Paris wird Monsignor Cerretti, derzeit Unterstaatssekretär, sein, der erste Botschafter Frankreichs sei Jules Cambon, der frühere Botschafter in Berlin. Cerretti war der Delegierte des Papstes bei der Pariser Konferenzberatung über die deutschen Missionen.

* Eingreifen der Reichsregierung in Gotha. Die unabhängige Mehrheit der Gothaer Landesversammlung hatte vor einiger Zeit unter Bergemäntzung der Minderheit die Gründung einer Arbeiterhochschule und eines Landesbildungsamtes für den Freistaat Gotha durchgesetzt. Die Minderheit hatte sich sofort beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt. Der Reichsminister des Innern hat jetzt entschieden, daß die in der betreffenden Sitzung der Landesversammlung gefaßten Beschlüsse ungültig sind und nicht zur Grundlage von Vollzugsmaßnahmen der Landesregierung dienen dürfen.

* In der Affäre des Professors Nicolai von der Berliner Universität, ben der Senat für unwürdig des Lehr-

amtes erklärt hat, wegen Fahnenflucht und Verächtlichmachung Deutschlands hat Kultusminister Gaensisch in anderem Sinne entschieden. Er ordnet an, daß der Spruch keine rechtlichen Folgen haben solle und sagt weiter: „Ingeachtet dieser Tatsachen fühle ich mich im Interesse der unter allen Umständen aufrecht zu erhaltenden Lehrfreiheit verpflichtet, Professor Nicolai, falls er seine Vorlesungstätigkeit forsaken will, bei Ausübung seines Amtes zu schützen und die akademische Ordnung mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln innerhalb der Univerſität zu wahren.“

Zulassung deutscher Pressevertreter in England. Auf eine entsprechende Anfrage des Auswärtigen Amtes hat die großbritannische Regierung mitteilen lassen, daß Zeitungsberichterstatter, die Staatsangehörige der früher feindlichen Länder sind, nunmehr nach Großbritannien zugelassen werden und zwar unter näher angegebenen Bedingungen.

Der Kampf für die deutsche Flagge. Entgegen dem Verbot der Hisſung der deutschen und polnischen Nationalflaggen während der Abstimmungsverhandlungsbauer wurde auf dem polnischen Konsulatsgebäude in Allenstein, worin sich das Bureau des polnischen Propagandabüros befindet, die polnische Flagge gehißt. Darauf hängten die benachbarten Deutschen die deutsche Nationalflagge heraus. Die Polizei schritt ein und veranlaßte die Entfernung beider Flaggen. Als später die polnische Flagge abermals gehißt wurde, kam es zu lärmenden Kundgebungen vor dem polnischen Konsulat. Fensterscheiben wurden eingeworfen, die Fahne heruntergeholt und zerrissen, das polnische Wappen vom Konsulatsgebäude abgerissen. Die Polizei zerstreute die Menge.

Zur Verschiebung der Reichstagswahlen auf den Herbst schreibt die Börsliche Zeitung: „Der Gedanke, diesen Zustand bis zum Spätherbst hinauszuschleppen, mag dem augenblicklichen Bedürfnis, dem „Gesetz der Trägheit“, entsprechen, aber er widerspricht allen Anforderungen einer weltbildenden Staatskunst und gibt dem Verdacht Nahrung, daß auch weiterhin das Bestreben sich zeigen werde, den Wahltermin zu verschieben und die Nationalversammlung zu einem „langen Parlament“ zu machen. Eine Bemerkung des Berliner Tageblatts, das bezweifelt, daß bis zum Herbst das Arbeitspensum, das kaum zu fügen sei, erledigt werden könne, wird diesen Verdacht noch bestärken. Wie steht es übrigens mit dem Termin für die Reichspräsidentenwahl, für deren Verzögerung überhaupt keine sachlichen Gründe geltend gemacht werden können?“

Neue Forderungen Frankreichs. Die taktischen Angriffe auf die Ententemitglieder in Berlin und Bremen haben zu eingehenden Beratungen im Kabinett und zu neuen Vorstellungen Frankreichs beim Obersten Rat geführt. Frankreich stellt dabei neue Forderungen an Deutschland.

Der Heimtransport aus Frankreich ist im großen und ganzen als beendet anzusehen. Sobald die noch in den Durchgangslagern befindlichen Heimkehrer zur Entlassung gekommen sind, wird ein Aufruf an alle Angehörigen erfolgen, um festzustellen, welche Kriegsgefangenen aus Krankheits- oder anderen Gründen noch zurückgehalten werden. Zur Abholung der noch in Port Said befindlichen 700 Heimkehrer aus Indien ist der Dampfer Anpros gechartert, der am 15. d. Mts. in Alexandria eintrifft. Der angeforderte Transport aus Sowjet-Rußland mit 563 Heimkehrern ist in Heilsberg eingetroffen.

Deutsch-Osterreich.

Die schwache Staatsautorität. Gegenüber einer Abordnung aus Neunkirchen, welche in Angelegenheit der Mißhandlung des Direktors Zweifel beim Staatskanzler Renner vorbrachte, erklärte dieser, daß leider die staatliche Autorität zu schwach sei, und daß auch die parlamentarischen Verhältnisse nicht zur Festigung der Regierungsbefugnisse beitragen. Die Fälle, welche sich in Neunkirchen zugetragen haben wie auch an anderen Orten, seien sehr bedauerlich. Keine Not, keine Verzweiflung rechtfertige solche anarchischen Zustände. Der Staatskanzler stellte eine eingehende Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen in Aussicht.

Frankreich.

Ein Antifreihandelsgesetz. Der französische Handelsminister hat der Kammer den Gesetzentwurf über gütliche Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingereicht. Danach darf in keinem Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieb die Arbeit niedergelegt werden, bevor nicht in einem genau umschriebenen Verfahren Einigungs- verhandlungen stattgefunden hätten, die mit einem Schiedsspruch enden müssen. Geld- und Freiheitsstrafen sind vorgesehen.

Holland.

Wieder eine Kaiser-Note. In unterrichteten Haager Kreisen glaubt man, daß die Entente auch die zweite Note von Holland in der Auslieferungsforderung des Kaisers mit einer neuen Note beantworten wird, in der nachdrücklich darauf gedrängt werden soll, daß es dem Kaiser nicht erlaubt sein dürfe, so nahe an der holländischen Grenze wohnen zu bleiben, sondern daß er nach den niederländischen Kolonien überführt werden müsse. Der Text dieser Note, die bald abgefaßt werden wird, wird jetzt fertiggestellt. Genau so wie beim vorigen Male hat auch diesmal England die Führung bei der Antwort.

Rußland.

Gelehrtenmorde durch die Bolschewisten. Der Sekretär der russischen Akademie der Wissenschaften, der sich gegenwärtig in Wiborg aufhält, teilt mit, daß folgende russische Gelehrte von den Bolschewisten getötet worden seien: Der Professor des Staatsrechts Dschakonow, die Professoren für Nationalökonomie Hesse, Gotsch und Rosin, der Geologe Inostranzew, der Botaniker Gobi, der Ägyptologe Bolkow, der Vorsteher der Universitätsbibliothek Kudschajew, der das Nibelungenlied in das Russische überseht hat, sowie der Professor der Musik am Konservatorium Petrow.

Großbritannien.

Englandsfeindliche Kundgebungen der Indier. Nach einer von englischen Blättern veröffentlichten Meldung aus Bombah hat infolge der die Türken betreffenden Debatten und Beschlüsse im englischen Unterhause die Kalifat-Konferenz in Kalkutta beschlossen, für den 19. März als Protest gegen das britische Vorgehen gegen die Türkei den Streik zu verhängen. Ferner hat die Konferenz eine Entschlieung zugunsten des Boykotts britischer Waren angenommen. Der „Mga Khan“ fordert, daß keine Völkerverbündnisse für die Türkei erteilt werden und daß die Türkei unverändert bestehen bleibt.

Aus In- und Ausland.

Sadersleben. Die Internationale Kommission hat das für das Abstimmungsgebiet erlassene Flaggverbot auf die Dauer von vier Tagen nach der Abstimmung, also bis 16. März verlängert.

München. Die Regierung hat dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen auf Aufhebung des Ministeriums des Äußeren und auf Errichtung einer Staatskanzlei.

London. Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß die Sowjetregierung kürzlich auch den Regierungen von Japan und den Vereinigten Staaten Friedensangebote gemacht habe.

London. Die Polizeistation von Suggenstown in der Grafschaft Kilkenny (Irland) wurde mit Bomben und Sprengmitteln angegriffen. Ein Teil der Station flog in die Luft. Die Angreifer erbeuteten Waffen und Munition. Ein Polizeibeamter erlag seinen Wunden.

London. „Times“ melden aus Warschau, daß die Polen dem russischen roten Heere eine Niederlage bei Kalenowicz beigebracht, mehr als tausend Gefangene gemacht und viel Kriegsgerät erbeutet haben.

Helsingfors. In Finnland droht infolge revolutionärer Agitation ein allgemeiner Landarbeiterstreik auszubrechen.

Uffahon. Der vormalige Kriegsminister Oberst Bawita hat den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden, angenommen. Javier de Silva soll Minister des Äußeren werden. Die Lage ist schwierig, es herrscht jedoch Ruhe.

Washington. Wilson hat einen Brief an den Senator Hitchcock geschrieben, in dem er fordert, den Völkervertrag entweder ohne Vorbehalt anzunehmen oder abzulehnen.

Nah und Fern.

Die rechtsrheinischen Städte in Not. Die Lebensmittelversorgung der rechtsrheinischen Städte droht in den nächsten Wochen völlig zusammenzubrechen. Es fehlt an allen notwendigen Lebensmitteln, namentlich an Kartoffeln und Fett. Die Stadt Düsseldorf verfolgt jetzt den Plan, zusammen mit den rechtsrheinischen Städten des Industriebezirks eine Handelsorganisation zu schaffen, die sofort den Einkauf der notwendigen Nahrungsmittel im Ausland, besonders in Holland und Amerika, besorgen soll.

Nasieren 1 Mark! In Groß-Berlin sind die Barbierverbände übereingekommen, die Preise um 40 bis 100 % zu erhöhen. Man wird infolgedessen demnächst in Berlin das Nasieren mit 1 Mark, das Haarschneiden mit mindestens 2,50 Mark bezahlen müssen. Die große Schaar derer, die

ihre eigenen Barbier sind und „Masierapparate“ benutzen, wird neuen Zug zu erhalten.

Schwerer Justizverbrechen? Am 16. August 1919 wurde in Gelsenkirchen eine Frau Koettger ermordet und beraubt. Als Täter wurde der Bergmann Marus verhaftet und zum Tode verurteilt, jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Marus hat die Tat bestritten. Nun wurden die feinsten geraubten Gegenstände bei einem früheren Reisenden Namens Grabowski gefunden. Grabowski wurde als der Tat dringend verdächtig verhaftet.

Gemischt-adlige Familien. Nach der neuen Reichsverfassung ist das adlige „von“ ein untrennbarer Teil des Namens und seine Verbürgerlichung ist an die Genehmigung der Verwaltungsbehörde gebunden. Vor der Revolution wurden nun in verschiedenen Staaten mit hohen Orden der persönlichen Adel verleihen, der sich nicht auf die Kinder vererbte. Vor dem Inkrafttreten der neuen Verfassung geborene Kinder eines so Beadelten sind also bürgerlich, nach dem 11. August 1919 geborene adlig.

Worteste Geflügelpreise. Die Preise, die zurzeit in Berlin gefordert und gezahlt werden, fangen nachgerade an, grotesk zu werden. So wurden in den letzten Tagen in den Markthallen Tauben mit 11 Mark gehandelt, und für ein Pfund Guhn nahm man 19 bis 21 Mark. Puten kommen noch höher zu stehen, so zwischen 23 und 24 Mark das Pfund.

Mißglückter Flug durch Afrika. Das Flugzeug „Silver Queen Nr. 2“, das auf der Fahrt von Kairo nach Kapstadt den größten Teil des Weges durch Afrika bereits zurückgelegt hatte, ist arg beschädigt bei Bulawayo gelandet. Es ist unsicher, ob die Maschine die Fahrt wird fortsetzen können.

Ein Opfer des Saharafuges. Der französische Generalstab für Nordafrika macht bekannt, daß der General Paperréine, der Kommandant der südlischen Gebiete Algeriens, bei einem Flug über die Sahara teilgenommen hat, verwundet ist.

Ein Seminar für Zeitungskunde und Zeitungspraxis ist an der Berliner Univerſität eingerichtet worden. Es soll den Studierenden Gelegenheit gegeben werden, sich in die Probleme der Presse zu vertiefen und die Quellen des Zeitungswesens kennenzulernen.

Das Explosionsunglück in Benrath ist die größte Explosionskatastrophe, die sich seit langem im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ereignet hat. Das Elektrizitätswerk ist erst kurz vor dem Kriege fertiggestellt worden. Während des Krieges hatte es einen außerordentlich starken Schutz gegen feindliche Fliegerangriffe, weil ein großer Teil der kriegswichtigen Industrie an seine Kraftstromversorgung angeschlossen war. Das Werk beliefert das ganze Gebiet von Duisburg bis nach Solingen-Remscheid mit Kraftstrom. Besonders betroffen wird die Kleinindustrie, da sämtliche Städte des bergischen Landes an das Werk angeschlossen sind. Diese Industrie wird infolge des Unglücks längere Zeit ohne Strom sein, und dadurch wird eine große Schaar von Arbeitern zeitweilig arbeitslos.

Ein Feuerkampf mit französischen Wilderern. In der Gemeinde Bernis in der Marck wurden acht Wildbiede, die mit einem Automobil von Berlin gekommen waren, von der Einwohnerwehr auf frischer Tat erappt. Der Aufforderung, sich zu ergeben, leisteten nur vier der Wildbiede Folge, während die anderen vier zu entfliehen versuchten. Schreckschüsse der Einwohnerwehr wurden von den Fliehenden mit Gewehrfeuer beantwortet. Schließlich ergaben sich noch zwei der Wildbiede, während ein dritter getötet wurde und der letzte entkam. Bei der Vernehmung im Amtsgebäude stellte sich heraus, daß die Wilderer, die sämtlich Zivilkleidung trugen, Angehörige der französischen Ueberwachungskommission für das Flugwesen in Charlottenburg waren. Das Auswärtige Amt hat den Vorfall sofort dem französischen Geschäftsträger in Berlin gemeldet.

Durch Diebe gestörter Fernsprechverkehr. Im Postbezirk Berlin sind in den letzten vier Wochen mehr als hundert Leitungsdrahtbiebstähle vorgekommen, so daß an manchen Tagen sämtliche Fernsprecheleitungen nach München, Stettin und Danzig gestört waren. Es handelt sich ausschließlich um wohlorganisierte, zum Teil schwer bewaffnete Diebesbanden, deren Aufhebung sehr schwierig und gefährlich ist.

Eine polnische Volksuniverſität in Allenstein. Das Hotel „Reichshof“ in Allenstein, das ein alter deutscher Besitz war, ist in polnische Hände übergegangen. Es soll dort eine polnische Volksuniverſität eröffnet werden. Da der Lehrplan

Frauen-Zeitung.

Das unantastbare Briefgeheimnis.

Von Dorothea Goebeler.

Das Briefgeheimnis ist heilig. Fremde Briefe zu lesen ohne Erlaubnis gilt als unantastbar. Selbst der offen daliegende fremde Brief ist für den feinfühligsten Menschen „tabu“, d. h. verboten. Du bist ein feinfühligster Mensch, geehrte Leserin, du würdest es für eine Beleidigung halten, wollte man dich für etwas anderes erklären, du unterschreibst also alles, was da am Eingang steht!

Aber natürlich unterschreibst du das! Du handelst auch immer danach — nicht wahr? — Aber selbstverständlich! — Höre mal, sage nicht so leichtsin „selbstverständlich“! — Geh mal erst ein bißchen zu Mat mit dir — prüfe dein Gewissen — handelst du wirklich immer danach??? Denn mal an vorgestern früh — oder — wann war es doch?, als dein teurer Herr und Gemahl seine Brieftasche hat itegen lassen. Hast du sie nicht aufgeschlagen und darin gebältert? Hat es nicht sogar nachher eine kleine Auseinandersetzung gegeben zwischen euch, weil du seine Briefe gelesen hattest — seine Briefe? — Na also — sieh mal an! Und wie steht es mit den Briefen, die für dein Töchterlein ankommen, für das achtzehnjährige? Machst du sie nicht ganz einfach auf und liest sie?? Ja, du liest es — schau mal wieder an! „Aber das sind doch keine fremden Briefe.“ sagt du. — Wie kann man die Briefe, die für Mann und Kinder ankommen, „fremde Briefe“ nennen? Was den Mann angeht, darf die Frau auch wissen, das muß sie sogar wissen; und soll die Mutter etwa nicht das Recht haben zu kontrollieren, wer und was man an ihre Kinder schreibt? Es denken viele Frauen so wie du, teure Leserin, es denken sogar die meisten so und handeln auch danach; ob sie dabei im Recht sind, im moralischen Recht? Was uns das mal unteruchen!

Zwischen Mann und Weib soll es kein Geheimnis geben, sie sind eine geschlossene Einheit, was den einen trifft, trifft auch den andern, und also hat der eine auch das Recht, die Briefe des andern zu lesen, hat die Pflicht, ihm seinen Briefwechsel nicht zu entziehen. Nein, liebe Freundin, das

„Recht“ hat weder der eine noch „die“ andere, und die Pflicht dazu ebenfalls nicht, er hat sie nicht im moralischen Sinne, ich glaube so recht eigentlich nicht mal im juristischen. Briefe sind nämlich nicht bloß Eigentum des Empfängers, sie gehören auch dem Absender; und es ist noch sehr die Frage, ob der Absender das, was er dem einen Teil des Ehepaars rückhaltlos anvertraut, auch ebenso unbedenklich dem andern wissen lassen würde. Zwischen Ehegatten soll es keine Geheimnisse geben, nein — so weit es sich um ihre allereinsten Angelegenheiten handelt, soll es das bestimmt nicht, in Briefen aber werden sehr oft Dinge behandelt, die mit den Eheangelegenheiten des Paares absolut nichts zu tun haben; und es brauchen das „gar nicht bloß immer geschäftliche Dinge zu sein. Es kann der Bruder dem Bruder, die Schwester dem Bruder, die Mutter dem Sohn oder der Tochter, der Freund dem Freunde, die Freundin dem andern Sachen anzuvertrauen haben, mit ihm oder ohne ihn beraten und besprechen wollen, die allerpersönlichsten Angelegenheiten sind, die sie wohl dem Manne oder der Frau unterbreiten, nicht aber auch dem andern Teil des Ehepaars.

Berehrte Leserin, denke an deine eigene Korrespondenz. Du schreibst an deine Jugendfreundin. Würdest du dich ihr in deinen Briefen ganz rückhaltlos erschließen, wenn du wüßtest, ihr Gatte — ein dir auch sehr lieber, aber dir seelisch doch ziemlich fernstehender Mensch — liest deine Briefe? Wahrscheinlich täteſt du das nicht. Du seht bei deiner Freundin soviel Verschwiegenheit, bei ihrem Gatten soviel Takt voraus, daß sie das Briefgeheimnis respektieren. Ein anderer Fall. Du lebst in traurigen Familienverhältnissen, dein Sohn, deine Tochter haben nicht gutgetan, dein Mann ist leichtfertig, trinkt, spielt, es ist irgend etwas Geschäftliches in Ordnung zu bringen, du brauchst Rat, die Hilfe eines tüchtigen Mannes. Dein Bruder ist dir der nächste, zu dem Vater, mit dem du aufgewachsen, hast du vollstes Vertrauen — ihnen eröffnest du dich in deinen Briefen, die um Verstand bitten rückhaltlos — du würdest es aber niemals gegenüber der fremd angeheirateten Kusine tun, denn du kennst sie fast gar nicht; oder du hast aus irgend welchem Grunde den Wunsch, daß sie, daß die ebenso fremd angeheiratete Schwägerin in deine Angelegenheiten nicht eingeweiht werden. Wie würde es dir gefallen,

wenn diese Frauen einfach erklärten: Ich lese alle Briefe meines Mannes, und so in deine Angelegenheiten ein-drängen, die sie und ihre Ehe doch eigentlich in Wirklichkeit auch nicht das geringste angehen? Briefe sind und bleiben Vertrauenssache, und es ist eine Ungehörigkeit, sie zu lesen oder zum Lesen zu verlangen, wenn sie nicht für einen bestimmt sind und einem freiwillig nicht gegeben werden. Was für die Briefe von Mann und Frau gilt, gilt natürlich noch mehr und erst recht von den Briefen der erwachsenen Kinder. Mit dem Briefgeheimnis in der Familie ist das wirklich eine besondere Sache, es gibt Familien, in denen kein Mensch es respektiert, und wo es die Frauen besonders höchst verwunderlich finden würden, wenn man ihnen sagte, daß das, was an einen geschrieben wird, durchaus nicht für alle geschrieben ist. Es ist auch ein ganz falscher Standpunkt zu sagen: „Ich will meines Mannes Briefe lesen, er kann ja meine auch lesen.“ Es ist das eine Taktlosigkeit gegenüber den eigenen Korrespondenten, die bei der Empfängerin ja wohl auch mitunter so etwas wie Diskretion voraussetzen. Es ist ebenso taktlos gegenüber den Briefschreibern, Briefe offen herumliegen zu lassen, so daß jeder Unberufene hineinsehen kann. Zwischen Mann und Frau soll Vertrauen herrschen, ja wohl, teure Mit Schwester, das soll es, vor allen Dingen aber ein Vertrauen, das da weiß; Wenn der andere mir einen Brief ganz oder teilweise entzieht, so tut er das, weil das, was darin steht, mich gar nichts angeht und durchaus eigene Angelegenheit des Absenders ist, die respektiert werden muß. Eine Ehe, in der solch Vertrauen nicht herrscht, ist schon von vornherein eine traurige Ehe, die auf sehr wackligen Füßen steht. Wo Mann und Frau wirklich Vertrauen zueinander haben, da achten sie auch gegenseitig das Briefgeheimnis. Daß dasselbe Vertrauen zwischen Eltern und Kindern herrschen sollte, versteht sich von selbst. Es ist aber auch meist gar nicht einmal Mißtrauen, was so viele Frauen veranlaßt, in die Briefe ihrer Männer und Kinder einzugreifen, es ist einfach bloß eine törichte Neugier, die typischste und törichtste aller weiblichen Eigenschaften; wollen wir uns nicht wirklich mal ein bißchen bemühen, sie abzuliegen? Es wäre doch Zeit für uns „vorgeschrittene Frauen“ des zwanzigsten Jahrhunderts,

Sich auf polnischen Sprachunterricht, polnische Geschichte und Geographie beschränken soll, erscheint die Bezeichnung Unversität etwas zu hoch gegriffen.

Wiederzulassung deutscher Berichterstatter in Frankreich? Die Tatsache, daß die französische Regierung den Preis der neuen Tarife für Pressetelegramme nach Deutschland veröffentlicht, scheint darauf hinzudeuten, daß man sich in Frankreich einer Wiederkehr der deutschen Zeitungsberichterstatter nicht widersetzen würde, wie dies in England der Fall ist.

Eine Eisenbahnlinie Warschau—Danzig. Die polnische Regierung hat den Bau einer neuen Eisenbahnlinie Warschau—Danzig in Aussicht genommen. Der Plan bedarf jedoch noch der Zustimmung des polnischen Landtages.

„Geheimnisvolle“ Schiffsunfälle. In amerikanischen Schiffsfahrtskreisen will man entdeckt haben, daß seit einiger Zeit die von Amerika beflaggten deutschen Handelsschiffe unerklärlichen Unglücksfällen zum Opfer fallen. So sei dieser Tage der ehemalige deutsche Dampfer „Saint Paul“ auf der Reise von Newyork nach Europa manövriert worden und habe von einem anderen Dampfer ins Schlepptau genommen werden müssen. Vor einigen Tagen sei der ehemalige deutsche Dampfer „Moassin“ im Hafen von Newyork gesunken, während ein weiterer Dampfer von San Francisco abfahren sollte, wegen Maschinenmangels nicht ausfahren konnte. Es seien noch mehrere Zwischenfälle ähnlicher Art bekannt geworden. Man fragt sich, ob es sich nicht um eine deutsche Sabotage handle, da diese Unglücksfälle stets nur auf ehemaligen deutschen Dampfern zu beobachten seien.

Heiligensprechung der Jungfrau von Orleans. Der Papst kündigte im Konsistorium die Heiligensprechung der Jungfrau von Orleans an.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 12. März.

Sonnenaufgang	6 ²⁴	Mondaufgang	1 ²⁹
Sonnenuntergang	5 ⁷	Monduntergang	9 ¹⁹

1884 Die Franzosen besetzten Tonting. — 1916 Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach gest.

Wettervorhersage.

Keine wesentliche Veränderung.

Keine Ehrenzulage für das Eisenerz 1. Klasse. Die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse aus dem Feldzuge von 1870-71 erhalten vom Feldwebel abwärts nach dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1878 eine Ehrenzulage von monatlich 3 Mark. Nach den bei der Stiftung des Eisernen Kreuzes im letzten Kriege ergangenen Bestimmungen war die Gewährung einer Ehrenzulage auch für die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse des Mannschafstands aus diesem Feldzuge in Aussicht genommen. Auf eine Anfrage, ob auf die Gewährung einer solchen Ehrenzulage zu rechnen sei, hat das Reichswehrministerium den Bescheid erteilt, daß die Gewährung einer Ehrenzulage an die neuen Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse zwar erwünscht wäre, aber infolge der Geldlage des Reiches unterbleiben müsse.

Schuhe als Luxusgegenstände. Schuhe, auch Stiefel und Pantoffeln, unterliegen unter Umständen der Luxussteuer. Nach einer Anweisung an die Steuerämter gilt dies sogar für Schuhe aus Leder, wenn ihr Oberteil aus Seide, Brokat oder Sammet hergestellt ist. Sie dürfen aber ein Oberteil aus anderen Gespinnstwaren, insbesondere aus Baumwolle oder Wolle, haben, ohne die erhöhte Umsatzsteuer zu bezahlen. Belanglos ist auch, mit welchen Stoffen der Schuh gefüttert ist. Lediglich soweit Bezug dabei verwendet ist, tritt je nach der Art des Bezugwerkes die Luxussteuer ein. Bei Schuhen mit Oberteilen aus Samt, Seide und bei Schuhen, deren Oberteil ganz oder teilweise aus ganzen Lackschäfen hergestellt ist, tritt die Luxussteuer ein, während Schuhe, die lediglich Lackschäfen oder Lackschäfen an den Seiten aufweisen oder deren ganzes Oberteil aus anderem Leder, auch in Verbindung mit elastischen Einsätzen besteht, nicht Luxussteuerpflichtig sind. Gummi- und Filzschuhe sind nicht Luxussteuerpflichtig.

Folgen des Kleingeldmangels. Seit längerer Zeit sind keine Kupfermünzen mehr hergestellt worden. Die noch vorhandenen Kupfermünzen werden bei den hohen Kupferpreisen von der Bevölkerung nicht in den Verkehr gegeben, sondern zurückgehalten oder verkauft. Das preussische Finanzministerium hat sich daher veranlaßt gesehen, die zu zahlenden einmaligen und laufenden Beträge auf volle fünf und zehn Pfennige nach oben abzurunden, so daß zum Beispiel in Zukunft zu zahlen sein werden statt 13 Pfennig 15 Pfennig und statt 16 Pfennig 20 Pfennig. Falls es sich um Zahlungen handelt, die nicht im Reichsbank giro oder Postcheckverkehr geleistet werden können, sind schon in den Zahlungsanweisungen die auf volle fünf oder zehn Pfennig nach oben abgerundeten Beträge anzugeben.

Warnung vor falschem Geld. Das Reichsbankdirektorium warnt vor falschen Fünfzigmarktscheinen. Es handelt sich um die grünen Fünfzigmarktscheine der Ausgabe vom 24. Juni 1919, Reihe 2. Die Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit von den echten leicht zu unterscheiden. Der Gesamteindruck der neuen Fälschrate stimmt in der Druckausführung gegen den deutlichen, klaren Druck der echten Scheine schon ab. Besondere Kennzeichen sind noch das weiche, lappige Papier, und daß die Rückseite, die schmutzig wirkt, auf dem Kopf steht. Auf der Vorderseite ist das Fehlen des Kommas hinter den Tausendern, das bei den echten Noten der Reihe 2 im Gegensatz zu denen der Reihe 1 vorhanden ist, ein besonders auffälliges Merkmal.

—* Am Sonntag über acht Tage (21. 3.), nachmittags 3 Uhr, wird einer der bedeutendsten Redner der Jetztzeit, Dr. Maurenbrecher-Dresden, in einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei über „Wie werden die Deutschen wieder frei?“ im „Schützenhaus“ zu Schandau sprechen. Näheres wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

—* **Zusammenschluß des Handwerks im Bezirk Pirna.** Die Gründung eines Bezirksausschusses des Handwerks der Amtshauptmannschaft Pirna war das Ergebnis einer am Sonntag nachmittag im „Ablen“ in Pirna stattgefundenen Handwerkerversammlung. Dem Rufe des Innungsausschusses und der einzelnen Interessentengruppen war man aus den verschiedensten Orten der Amtshauptmannschaft zahlreich gefolgt. Die Gewerkekammer war durch ein Mitglied, den Korbmacher-Obermeister Schöne, Pirna, vertreten. Einleitend wies der Vorsitzende des Innungsausschusses, Schneider-Obermeister Müller, Pirna, auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses hin, und der Syndikus des Landesauschusses des sächsischen Handwerks, Weber, Dresden,

behandelte die Frage des Zusammenschlusses im besonderen. Die Ausführungen des Vortragenden hatten die Anwesenden von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt, und nach kurzer Aussprache schritt man zur Gründung des Bezirksausschusses des Handwerks in der Amtshauptmannschaft Pirna, die einstimmig erfolgte. Aufgenommen können alle Innungen werden, desgleichen als Einzelmittglieder solche Handwerker, für die eine Innung nicht besteht. In den einzelnen Orten, wie Königstein, Schandau usw., sollen demnächst ähnliche Versammlungen stattfinden. Prof. Dr. Quandt, Pirna, beglückwünschte die Versammlung zu dieser Neugründung und hob hervor, daß die Deutschnationale Volkspartei sich des Handwerks immer angenommen und es nicht bei bloßen Versprechungen gelassen hätte. Die nachfolgenden Ausführungen einiger Handwerksmeister (Obermeister Leisner wandte sich besonders gegen das Puschertum und die Ungerechtigkeit in der Rohstoffverteilung) bewiesen, daß die Gründung eine unbedingte Notwendigkeit war. Will sich das Handwerk behaupten, dann muß der Anschluß an die Gründung restlos erfolgen.

—* **Finanzminister Nischke.** Zu der von der mehrheitssozialdemokratischen „Freien Presse“ in Leipzig behandelten Beteiligung des Finanzministers Nischke an bergbaulichen Unternehmungen wird von einer dem Finanzminister nahestehenden Seite mitgeteilt, daß der Finanzminister von der Zeit an, als er zum Finanzminister berufen wurde, sein Verhältnis zu den betreffenden Gesellschaften auf keine andere Grundlage gestellt habe. Er beziehe weder Einkünfte daraus, noch habe er irgend welchen Einfluß auf die Geschäfte.

—* **Die sächsische Industrie zur Enteignung der deutschen Handelsschiffe.** Der Verband Sächsischer Industrieller hat an das Auswärtige Amt ein Telegramm etwa folgenden Inhalts gerichtet: „Der Verband Sächsischer Industrieller hält es für seine Pflicht, nochmals die dringende Bitte auszusprechen, daß mit dem Feindbünd in nochmalige Verhandlungen eingetreten wird, um eine Milderung der betr. Bestimmungen zu erreichen und eine weitere Abgabe von Schiffsraum zu verhüten. Wir bitten auch im Interesse der auf die Industrie abgewandten an den Folgen des Hungerkrieges teilweise schwerleidenden sächsischen Bevölkerung dringend darum, die Alliierten vor Durchführung dieser katastrophalen Bestimmungen mit allen Mitteln zu nochmaligen entgegenkommenden Verhandlungen zu nötigen.“

—* **Die Pferdeablieferung Sachsens an Frankreich und Belgien.** Wie bereits mitgeteilt, befindet sich zurzeit eine französische Kommission in Leipzig zur Abnahme zunächst der von Sachsen an unsere Feinde nach dem Verfall der Verträge abzulevernden Pferde. Nach dem Verträge sind an Frankreich zu liefern: 500 Hengste im Alter von 3-7 Jahren, 30 000 Fohlen und Stuten im Alter von 18 Monaten bis 7 Jahren von ardenaischer, bouonnaiser oder belgischer Rasse. Ferner an die belgische Regierung: 200 Hengste von 3-7 Jahren, 5000 Stuten im Alter von 3-7 Jahren, 5000 Fohlen im Alter von 18 Monaten bis 3 Jahre, und zwar alles schwere belgische Zugpferde. Von dieser Gesamtzahl hat Sachsen insgesamt 2002 Stück zu liefern, und um diese abzunehmen, befindet sich derzeit die französische Kommission in Leipzig.

—* **Im Paketverkehr mit dem Freistaat Danzig** ist die bisher bestehende Beschränkung, wonach die Pakete nur auf Gefahr des Absenders angenommen werden, aufgehoben worden.

Mitteldorf. Das „Erbgerichts“-Grundstück, letzter Besitzer Paul Radisch, wurde von Ferdinand Wilhelm Lorenz aus Dmschwitz b. Dresden erworben. Vorausschichtlich wird er es am 1. Oktober beziehen. Die Gastwirtschaft und Fleischerei übernimmt der Sohn des gegenwärtigen Besitzers, Hans Radisch, als Pächter.

Krippen. Das bestens bekannte Gasthaus „Elysium“, das im vorigen Jahr von R. Wadewig käuflich erworben worden war, ist in den Besitz von Emil Hübner übergegangen.

Gohrisch. Der Jugendverein „Concordia“ beabsichtigt, den im Kriege gefallenen Helden, es sind 27, ein Denkmal in bescheidener Form zu errichten. Durch Theateraufführungen sollen die Mittel hierzu beschafft bzw. erweitert werden.

— Die Kameraden Oswin Kimmel und Willy Proke sind wohlbehalten aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt.

Königsstein. Der Frauenverein Königsstein und Hütten veranstaltete am Dienstag im „Deutschen Haus“ einen Familienabend. Der Saal war bis auf den letzten Platz ausverkauft. Die hiesigen Gesangsvereine hatten sich für diesen Abend in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und legten gutes Zeugnis von ihrem Können ab. Eine Dresdener Sängerin trug mit gutgeschulter, welcher Stimme verschiedene Lieder vor und erntete reichen Beifall. Eine dramatische Szene „Wohltätigkeit“, aufgeführt von Königssteiner Damen, wurde flott gespielt. Ferner nahm sich ein Roskilmereigen in Tiroler Bauerntracht sehr schön aus. Eine Gabenverlosung, zu der gute und sinnreiche Gewinne von Mitgliedern des Vereins und Königssteiner Einwohnern gespendet worden waren, erfreute sich eines sehr regen Zuspruchs. Der Ertrag dieses Abends wird zu wohltätigen Zwecken verwendet.

Pirna. Ein Amtstag findet Sonnabend, den 13. d. M., vormittags 1/2 10 Uhr im großen Saale des Gasthofs zum Schwarzen Adler in Pirna statt, zu dem sich sämtliche Gemeindevorstände des Bezirks einfinden wollen. Den Gutsbesitzern wird das Erscheinen anheimgegeben.

Pirna. Unter Nichtachtung seines eigenen Lebens rettete der Rührschneiderei-Horn von hier eine ledige Arbeiterin vom sicheren Tode des Ertrinkens in der Elbe. Da seit der Revolution die Verleihung der Lebensrettungsmedaillen nicht mehr erfolgt, hat der hiesige Rat bei der Kreisoberhauptmannschaft beantragt, dem Lebensretter für seine mutige und edle Tat eine besondere Anerkennung zuteil werden zu lassen.

Niederselb. Das schwere Explosionsunglück im Sachsenwerk Niederselb hat doch ein Todesopfer gefordert. Im Johanniter-Krankenhaus starb der bei dem Unglück schwer verletzte Oswald Donath aus Kleinluga. Er war 45 Jahre alt, verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Ramenz. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich hier im Mühlbachschen Grundstück auf der Baugener Straße.

Aus zunächst noch nicht ermittelter Ursache hatte sich das im Laden befindliche Benzol entzündet. Es wurden sämtliche im Laden befindlichen Glasschalen und die drei Schaufenster an der Straßenseite, sowie alle Waren- und Einrichtungsgegenstände vernichtet und teilweise auf die Straße geschleudert, auch vorübergehende Personen zu Boden geworfen. Der durch die Entzündung verursachte Brand konnte schnell gelöscht werden, so daß größerer Feuer Schaden nicht entstanden ist. Dagegen wurde der 13 Jahre alte Sohn des Besitzers Mühlbach bei der Explosion nicht unbedenklich verletzt; er wird wahrscheinlich ein Auge verlieren.

Baugen. In Seibau wurde die Witwe Lina Gallack mit ihrer Tochter und einem Enkelsohn, nachdem man sie seit Tagen vermisst und die Wohnung geöffnet worden war, infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, da das Gas schon zu lange ausgeströmt war.

Bischofswerda. Um 30 000 Mk. betrogen hat der seit einigen Tagen von hier verschwundene Kaufmann Walter Fichte ein Dresdner Hotel. Er hatte diesem für 60 000 Mark Sekt verkauft und sich die Hälfte davon gleich auszahlen lassen, die andere Hälfte sollte per Nachnahme erhoben werden. Nach langem Warten begab sich der Hoteldirektor selbst nach hier, mußte aber zu seinem Schrecken wahrnehmen, daß Fichte verschwunden war, nachdem er alle bei einem Baugner Bankhaus eingezahlten Beträge abgehoben hatte. Fichte hat den Sektverkauf in den letzten Wochen im großen betrieben. Er gab ein gedrucktes Angebot heraus, in welchem er sich am Kopfe als „Spezialhaus für Sekt und französischen Champagner“ ausgab und darin 30 000 Flaschen Sekt der bekanntesten Marken anbot, darunter Matthäus Müller 5000 Flaschen zu je 36 Mk. usw. Er war bereits im Vorjahr in große Zuckererschleudungen verwickelt.

Dresden. Generalmajor z. D. Graf Traugott v. Pfeil und Klein-Ellguth, der bekannte Führer der „Brigade Pfeil“, ist am 6. März in Schlessen, wo er zur Erholung weilte, gestorben. Er hatte seinen Wohnsitz im benachbarten Oberloschwitz und stand bis zum Ausbruch des Weltkrieges beim 2. Grenadierregiment Nr. 101. Dann übernahm er als Oberst die 46. Landwehrbrigade, bestehend aus den Landwehrregimentern Nr. 101 und 103, die sich den Namen „Graf Pfeil“ erwarb. Die Brigade kämpfte besonders in den Schlachten bei Tannenberg und Soltau, sowie bei den Festungen Warschau, Nowo-Georgiewsk, Rowno, Wilna usw. Graf Pfeil hat ein Alter von 59 Jahren erreicht.

Dresden. Am Sonnabend nachmittag setzte sich in einer hiesigen Druckerei eine ausgeschaltete Rotationsmaschine durch vagabondierende Ströme selbsttätig in Bewegung und schleuderte einen 35jährigen Hilfsarbeiter über die Kurbel hinweg zu Boden. Der Verunglückte erlitt einen Oberschenkelbruch und verschiedene kleinere Verletzungen.

Dresden. Wegen Lohnstreitigkeiten sind die Angestellten der Firmen Rudolf Mosse und Haafenstein & Vogler in den Ausstand getreten. Die Geschäftsleitungen dieser beiden Annoncen-Epeditoren teilen mit, daß ihre Betriebe aufrecht erhalten werden.

Potschappel. In Wirkigt wurde beim Rangieren am Eingang zu einer Fabrik eine aus Ziegeln errichtete Türschwelle umgefahren. Der 9jährige Sohn des Mühlenerarbeiters Pflüger wurde von der umstürzenden Säule getroffen und war sofort tot.

Gersdorf. Der Gemeinderat beschloß den Ankauf von 18 000 Quadratmetern Land und die Errichtung von zwölf Vierfamilienhäusern. Der Elektrizitätspreis wurde auf 2 Mark erhöht.

Ritzberg. Hier wurde bei den Abbrucharbeiten eines Gebäudes ein 29jähriger Handarbeiter von einem Balken herabgeschleudert und erlitt einen Schädelbruch, an dem er nach einigen Stunden starb.

Schemnitz. Die Besitzer der Kraft- und Pferdebedroschen dürfen jetzt einen Teuerungszuschlag von 700 Proz. fordern.

Rändler. Im sogenannten Schaftloch in Rändler bei Limbach wurde ein Liebespaar zusammengebunden tot aufgefunden. Sie wollten jetzt heiraten. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt.

Hauen. In der vogtländischen Metallindustrie drohte wegen Lohnstreitigkeiten ein Streik der Angestellten auszubrechen. Man hofft, durch Verhandlungen einen Ausgleich schaffen zu können.

Leipzig. Die Lohnbewegung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter ist am Dienstag beendet worden. Die Verhandlungen über die Löhne sollen innerhalb zehn Tagen stattfinden.

Sächsische Volkshammer.

Dresden, am 10. März 1920. Zunächst wurde die gestern zurückgestellte Abstimmung über den Antrag Barthel über den Erlass einer politischen Amnestie vorgenommen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen dem Reichsausschuß überwiesen. Die kurze Anfrage des Abgeordneten Koch (Dem.) über den Verkauf der Feuerwerksanlagen beantwortete Oberregierungsrat Schetlich: Der gesamte Erlös aus den Anlagen beträgt ausschließlich der vom Reich vorbehaltenen Maschinen und Materialien 47 Millionen Mark. Daß für die Grundstücke und Baulichkeiten nur 1 1/2 Millionen Mark Erlös wurden, liegt daran, daß sie viel zu weitläufig angelegt und die Umstellung auf eine andere Betriebsart sehr kostspielig sein würde. Die Käufer hätten sich außerdem verpflichten müssen, auch während der Umstellung des Betriebes die 800 Arbeiter des Laboratoriums voll zu beschäftigen. Aus diesem Grunde sei auch die Ausschachtung der Anlagen unterblieben. Zur Beantwortung der kurzen Anfrage des Abg. Barthel wegen der Kohlenzehnten im Bergbau erklärte sich die Regierung bereit. (Die Antwort des Regierungsvertreters ist auf der Tribüne unverständlich.) Abg. Fleißner (Unabh.) erstattet den Bericht des Haushaltsausschusses B über Titel 7 b des 2. Nachtrages zum Staatshaushaltplan für 1918/19 (Verwaltung). Während dieses Berichts wird ein Blumenstrauß auf den Tisch des Präsidenten zur 100. Sitzung aufgesetzt. Der Bericht enthält Angaben über die Ausichten des Kohlenbergbaues in Sachsen. Auf neue Steinkohlenlager sei nicht zu rechnen, Braunkohlen seien in einigen Gegenden noch abzubauen, wobei z. T. noch Verbesserungsversuche vorzunehmen seien. Der Anschlag beantragt die Summe von 56 500 000 Mark nach der Vorlage zu bewilligen und den dazu gestellten Vorbehalt mit der Erwägung zu genehmigen, daß hinter das Wort „Kaisergrube“ eingefügt wird, sowie 2000 Stüge der Gewerkschaft Deutschland. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wird die Vorlage angenommen. Präsident Fräßdorf dankt für den zur 100. Sitzung gespendeten Blumenstrauß. Hierauf werden noch verschiedene Verkehrsangelegenheiten erledigt.

Gegen den Rechtsbruch im § 9 des Uebergangsschulgesetzes.

Der Schulvorstand der Gemeinde Bodma bei Zwickau hat an die Volkstammer folgende Eingabe gerichtet:

Der derzeitige Leiter der hiesigen Schule, Schuldirektor Vogel, hat bei dem unterfertigten Schulvorstande Einspruch gegen die Bestimmungen in § 9 Absatz 4 des Uebergangsgesetzes erhoben, nach der er sich in 3 Jahren einer Wiederwahl zu unterziehen hätte. Er begründet seinen Einspruch mit der Tatsache, daß er vom Schulvorstand als Schuldirektor auf Lebenszeit gewählt, der Gemeinderat als Kollaturbehörde dieser Wahl laut Anstellungsurkunde beigetreten und die Wahl vom Kultusministerium bestätigt worden ist.

Der Schulvorstand, der sich außer dem Vorsitzenden und den 3 Lehrervertretern aus 6 Mehrheitssozialisten neben nur 2 bürgerlichen Vertretern zusammensetzt, hat in seiner Sitzung vom 17. d. M. gegen nur eine Stimme anerkannt, daß die Anwendung des § 9 Absatz 4 des angezogenen Gesetzes auf die gegenwärtig im Amte befindlichen Schuldirektoren ein Rechtsbruch ist und beschlossen, für baldige Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes, der in Hinblick auf § 129 der Reichsverfassung eine glatte Rechtsverletzung bedeutet, aber auch einen unbedingten Eingriff in die Rechte der Schulgemeinde darstellt, einzutreten. Er wird fernerfalls die dem Schuldirektor bei seinem Amtsantritt ausgehändigte Anstellungsurkunde zurückfordern und die darin verbürgte Aufsicherung der Unkündbarkeit aufheben.

Welchen Wert hätte dann eine Urkunde überhaupt noch? Wenn die Regierung es mit ihrer Stellung für vereinbar hält, das den Beamten feierlich gegebene Versprechen der Unverletzbarkeit der Beamtenrechte zu brechen, so hat sie noch kein Recht, den Wort-

bruch auch von den Gemeinden — selbst nicht durch Gesetz — zu verlangen.

Der Schulvorstand wird sich nicht der Gefahr einer durchaus berechtigten gerichtlichen Anklage eines Beamten auf Einhaltung der Anstellungsurkunde aussetzen. Er wird von sich aus alle dem Schuldirektor gegebenen Zusicherungen halten. Mag vieles in unseren Tagen wanken; wer aber Treue im amtlichen Verkehr, Vertrauen auf Urkunden und Vertrauen auf feierlich gegebene Versicherungen der Regierung untergräbt, hilft am weiteren Zerfall, hindert an verantwortungsvoller Stelle den Aufstieg unseres Volkes.

Der Schulvorstand erwartet bestimmt die Aufhebung des § 9 Absatz 4, damit die Gemeinden nicht gezwungen werden, sich an einem Rechtsbruch zu beteiligen. Bemerkte sei noch, daß sie sich aber aus Rücksicht auf ihre Gewerkschaft der Abstimmung enthielten. (Das sind männliche Worte!)

Neueste Nachrichten.

TU. meldet am 11. März:

Die Wahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag.

Berlin. Wie jetzt bekannt wird, beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ihren bereits bei der Verfassungsberatung formulierten, dann aber zurückgezogenen Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag und nicht vom Volke direkt gewählt wird, wieder einzubringen. Es verkundet, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für diese Verfassungsänderung vorhanden ist.

Amerikas Rüstungen.

Washington. Der Senat hat mit 49 gegen 28 Stimmen den Vorbehalt angenommen, der eine nationale Kontrolle der Rüstungen vorsteht und festsetzt, daß sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, ihre Rüstungen ohne Zustimmung des Völkerbundes zu erhöhen, wenn das Land von Invasionen bedroht wird.

Krise in Italien.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Rom wird in den Wandelgängen des Monte Victorio bestätigt, daß Schatzminister Schanzer, Landwirtschaftsminister Besoffi und Industrieminister Dante Ferraris ihre Entlassung eingereicht hätten. Ueber die Lösung der Krise verlautet nichts Bestimmtes.

Rom. Es scheint, daß die Umgestaltung der italienischen Regierung wegen der unentschiedenen Haltung der katholischen Volkspartei hinsichtlich der Teilnahme an der Regierung auf Schwierigkeiten stößt.

Der Völkerbundsrat.

Paris. Der Rat des Völkerbundes, der am 13. März wiederum zusammentreten wird, wird sich mit der Zusammenziehung der nach Rußland zu entsendenden Studienkommission befassen.

Die Lieferung von Impfstoffen aus staatlichen Mitteln zur Bekämpfung des furchterregenden Verkaltens wird mit Ende März dieses Jahres eingestellt und damit die Verordnung vom 22. März 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 74) außer Wirksamkeit gesetzt.

Dresden, am 6. März 1920.

Wirtschaftsministerium.

293 V V
16818



Empfehle reinen Rauch-Tabak, amerikanischen Shagtabak,
wie Prinz Albert, Toyedo, Dukes Mixture in Dosen u. Beuteln,
holländ. Shagtabak, gelb. Zigaretten-Tabak.
Dänische, englische, amerikanische Kautabake,
übertrifft Nordhäuser bei weitem.
Deutsche und orientalische Zigaretten mit Gold.
Englische und amerikanische Zigaretten.
Stumpen, rein leberlee, von 55 Pfg. an.
Große Auswahl in Qualitäts-Zigarren.
Zigarrenborn, Pirna a. E. Dohnaise Str.,
gegenüber d. Zollhof.
Günstige Einkaufsquelle f. Gastwirte u. Wiederverkäufer.
Größtes Spezial- und Engros-Haus am Platz.
Engros-Verkauf Gartenstraße 40. Tel. 2874.

Statt Karten!

Für alle anlässlich unserer Verlobung zahlreich erwiesenen
Aufmerksamkeiten sagen wir nur hierdurch
unsern innigsten Dank.

Rosa Hansen
Coblenz a. Rh.

Hans Kämpfer
Dresden-A.

Wochen

Freitag, d. 12. 3. abends 9 Uhr:
Jahresversammlung
im Vereinsheim.
L.-D.: Jahresbericht, Kassenber.,
Wahlen, Vereinsangelegenheiten.
Vollzähliger Besuch erbeten.
Der Vorstand.

Hygienische
Frauen-Artikel
Mutterprägen, Tropfen, Binden,
Gummivarren.
Verlangen Sie Prospekt.
Frau Hennig, ärztl. gbr. Massense
Copig (Elbe), Nähe Neumühle.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung bar-
gebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hier-
mit allen unsere
herzlichsten Dank.

D. Frau, am 7. März 1920.

Willy Händler und Frau
Martha geb. Rämisch.

Bis zu 130 Raummeter dürrer
Schleifholz
an der Kirnischbach unterhalb der Kirnischschenke sind sofort
zu verkaufen.
Offerten mit Preisangabe erbeten an Wilt. Fiedler, Nr. 59,
Dittersbach b. Böhm.-Rammig (Tschecho-Slowakei).

Sächs. Militär-Verein Rathmannsdorf und Umgegend.
Sonnabend, d. 13. März, in Gasthof Rathmannsdorf:
Stiftungsfest.
Anfang 8 Uhr.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzl. willkommen.
Alle Kriegsteilnehmer von Rathmannsdorf und -Plan werden
höflichst eingeladen. Der Vorstand.

Hierdurch beehren wir uns, ganz ergebenst
anzuzeigen, daß wir das

Gasthaus „Glysiun“

übernommen haben und werden wir bemüht
sein, der geehrten Kundschaft nach bestem Können
zu dienen.
Es bitten um gütigen Zuspruch
Emil Hübler und Frau.
Der Tag der Einweihung wird noch bekannt
gegeben.

Berschleudern Sie nicht Ihre Ware.
Zahle die höchsten Preise in Dresden für
künstliche Zähne, Brennstifte, Platin.
Für ein Gebiß mit Platin-Gaumenplatte bis 2000 Mt. und mehr.
Kaufe auch altes Gold und Silber, Messing,
Kupfer, Blei usw.
Meilik Goldberg, Dresden-A.
Schuhmachergasse 2, Laden, am Altmarkt.

Salonblatt
Die große illustrierte
Wochenschrift!

Man abonniert durch die Post bei
seinem Buchhändler oder direkt
beim Verlag, Dresden-A. 3.

• **Alblei und Kupfer,**
• **Messing, Zinn,**
• auch alle Zinngegenstände
• **kauft**
• **Friedr. Niebe, Schandau,**
• **Rudolf Sebnitzstraße 239 b.**

Ziegenfelle 280 Mark.
Einfenden per Nachnahme.
F. Kammerling & Sohn, Leipzig.

Ein Fahrrad mit
Gummibereifg.,
ein Gebrod mit Weste,
ein kurzer Schafpelz,
alles gut erhalten,
zu verkaufen.
Näh. durch **R. Siebsch, Friseur,**
Wendischfähre.

Eine leidene Bluse
— Größe 42 —
preiswert zu verkaufen.
Näh. **Schandau, Hindenburg-**
straße 195 L.

Eine geräumige
Wohnung
mit Zubehör
sucht baldigst
Joh. Miethe,
Schützenhaus Schandau.

Blumen-
Heimarbeiterinnen
zu leichteren, gut bezahlten Arbei-
ten werden für sofort und ständig
gesucht.
Die ersten Posten sind persön-
lich abzuholen bzw. wieder ab-
zuliefern. Die Hälfte der Fabri-
gelber wird vergütet.
Oswin Dressel,
Blumenfabr., Sebnitz, Weberstr. 20
Suche sofort ein

Mädchen
von 16 Jahren oder ein kräftiges
Ostermädchen.
Guts-
besitzer **Heinr. Schaffrath,**
Ehrenberg.

An die Bezieher des Buch-Romans
Infolge weiterer Erhöhung aller Herstellungskosten, insbesondere
durch die außergewöhnliche Steigerung des Papierpreises, beträgt
ab 1. Januar 1920 der Preis für die Einbanddecke zu jedem
wöchentlich erscheinenden Roman wird nach wie
vor umsonst geliefert
Geschäftsstelle der Sächs. Elbzeitung

Feldbahn-Schienen
Muldenkippenwagen
und sonstige Geräte
kauft gegen sofortige Kasse und höchste Preise
R. Willkomm, Copitz a. E.

Buchroman betr.
Wir bitten, die noch außenstehenden Buch-
romane schnellstens zum Binden abzuliefern.
Sächsische Elbzeitung.

Zuverlässiges, auch jüngeres
Dienstmädchen
für sofort oder später gesucht.
Frau Forstmeister Büchel,
Reinhardtendorf, S. Schw.

Jüng., freundl., sauberes
oder
kräft. **Ostermädchen**
f. **Bäckerei** gesucht.
Näheres bei **Fr. Henke,**
Wendischfähre Nr. 27.

Besseres
Hausmädchen
mit langjährigen Zeugnissen im
Alter von 17—20 Jahren zum
1. 4. in angenehme Dauerstellung
gesucht.
Frau Brauereibes. Börner,
Radeberg.

Mietverträge
zu haben in der
Sächsischen Elbzeitung.